

Reurieth, den 25.01.2010

Erklärung der Unabhängigen Bürgerinitiative Reurieth (UBR), des Heimatvereins Reurieth und des SV 1919 Reurieth

Seit einigen Tagen ist die Diskussion über die Straßenausbaubeiträge in Thüringen neu entfacht.

Grund dafür ist die Veröffentlichung des vor eineinhalb Jahren von der damaligen CDU-Landesregierung in Auftrag gegebenen Rechtsgutachtens zu Straßenausbaubeiträgen und die entsprechende Reaktion des Thüringer Innenministers Dr. Peter Huber.

Im Volksmund heißt es zwar, was lange währt wird gut - in diesem Fall trifft es leider nicht zu. Auf immerhin 130 Seiten stellt Prof. Dr. Brenner von der Universität Jena fest, dass das Thüringer Kommunalabgabengesetz nicht bürgerfreundlicher weiterentwickelt werden kann und kommt zu dem Ergebnis, dass ein Absehen von der gesetzlichen Pflicht zur Beitragserhebung in Thüringen verfassungswidrig und somit nicht möglich ist. **Demnach muss jede Thüringer Gemeinde eine Straßenausbaubeitragsatzung erlassen und Beiträge von den betroffenen Bürgern bis 15 Jahre zurück erheben.**

Zwangsbeiträge sind also im Freistaat Thüringen verfassungsrechtlich korrekt? Jetzt ist die neue Landesregierung gefragt!

Wo bleibt in Thüringen das Recht auf kommunale Selbstverwaltung?

Kommunen müssen das Recht haben über die Art der Beteiligung von Bürgern zur Finanzierung kommunaler Aufgaben selbst zu entscheiden. Und wenn Gemeinden finanziell gut gewirtschaftet haben und Haushaltspläne so aufgestellt sind, dass keine Kredite zur Finanzierung aufgenommen werden müssen, dann sollten diese Gemeinden zumindest das Entscheidungsrecht haben auf diese ungerechte Art der Beitragserhebung verzichten zu können. So wie es in Bundesländern wie beispielsweise Sachsen, Hessen und Saarland längst verfassungsrechtlich abgesegnet ist.

Baden-Württemberg hat Straßenausbaubeiträge gesetzlich abgeschafft!

Eine Novellierung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes ist überfällig!

Die gewählten Gemeinderäte der Fraktionen der UBR, des Heimatvereins und des Sportvereins sprechen sich mit aller Deutlichkeit gegen die Einführung einer Straßenausbaubeitragsatzung und die Erhebung von Zwangsbeiträgen in der Gemeinde Reurieth aus.

Wir werden alles Mögliche tun, um einen zwangsweisen Erlass abzuwenden. Gleichzeitig rufen wir die Bürger der Gemeinde Reurieth auf, uns dabei zu unterstützen!